



Sozialdemokratische Partei Deutschlands
Unterbezirk Düren

Soziale Gerechtigkeit als Grundlage unseres Handelns

Grundsatzprogramm
2007

Arbeitsgruppe
„Grundsatzprogramm im UB Düren“

Stand 02. Juni 2007



„Man kennt den Ausruf eines andern, der sich einen Nagel in den Fuß trat:

Welch Glück, dass ich in diesem Augenblick keine Schuhe trug!

Wenn von 26 Millionen auch nur Einem das Elend ein solches Wort abnötigt, dann ist es Zeit, dass die Unterdrückung endige.“

(Karl Friedrich Reinhard,
Ursachen der franz. Staats-Veränderung,
unter dem Eindruck der frz. Revolution)

INHALT

I. Präambel

II. Begründung

1. Vorbetrachtungen

a) Grundlagen

b) Meinungsbildung in der Arbeitsgruppe

2. Ergebnisse der Diskussionen in den Ortsvereinen

a) Einführung

b) Zusammenführung von Argumenten und Definitionen

3. Gedankengänge der Diskussion mit weiteren gesellschaftlichen Organisationen und Gruppierungen

4. Nachbetrachtungen

Präambel

Soziale Gerechtigkeit als Grundlage unseres Handelns

Der Ausgangspunkt allen Handelns im Sinne von sozialer Gerechtigkeit und Freiheit ist der Respekt vor der Würde eines jeden Menschen, unabhängig von seiner Leistung und Nützlichkeit.

Jede und Jeder hat einen Anspruch darauf, ein würdevolles Leben führen zu können, das ihm oder ihr eine Entfaltung der eigenen Menschlichkeit ermöglicht.

Für alle, die dieser Überzeugung sind, erwächst daraus die Verpflichtung, die Würde des Menschen unabhängig vom Ansehen der Person zu schützen.

Für uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten ist die Würde des Menschen der Ausgangs- und Zielpunkt unserer Bemühungen um Gerechtigkeit, Chancengleichheit und Teilhabe am gesellschaftlichen Reichtum.

Es ist unser Bestreben, dass jeder Mensch in seinen sich ändernden Lebenssituationen jeweils Rahmenbedingungen vorfindet, die seine persönlichen Fähigkeiten optimal befördern. Was er oder sie aus gleichen Chancen macht, ist dann letztlich eine Frage echter „Eigener Verantwortung“.

Hieraus erwächst für Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten der Wert der „sozialen Gerechtigkeit“. Sie ist ein lebendiges Gut: Sie muss immer wieder neu erkämpft werden! Nur dann wird sie als selbstverständlicher Wert in unsere Gesellschaft Eingang finden.

Daher stehen seit jeher Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten für diesen Gerechtigkeitsbegriff. Er ist und bleibt die Grundlage sozialdemokratischen Denkens und Handelns. Es ist Aufgabe aller Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten, den Begriff der sozialen Gerechtigkeit in Freiheit gegen alle zu verteidigen, die ihn in Frage stellen.

Denn die Verwirklichung einer Gesellschaftsform, die den Werten sozialdemokratischen Denkens entspricht, ist so lange nicht erreicht, wie das Ringen um soziale Gerechtigkeit - gegen alle Widerstände, restaurativen Kräfte und das Streben nach elitärem Status auf Kosten anderer - notwendig ist.

Mit der Überzeugung, dass sich unsere Mitmenschen künftig nicht von einem individualistisch, sondern mehr und mehr von einem gerechteren, sozial geprägten Weltbild leiten lassen werden, verbinden wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten die Zukunft.

II

Begründung

1. Vorbetrachtungen

a) Grundlagen

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands nimmt für sich in Anspruch, die Verkörperung des moralischen Gewissens unserer Gesellschaft zur Durchsetzung und Verteidigung grundlegender Rechte wie Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität zu sein.

Aus diesem großen Anspruch entwickelt sich die Frage, wie man denn den Menschen deutlich macht, dass es eine für alle in gleicher Weise lebenswerte Gesellschaft geben muss und geben kann. Eine Gesellschaft, in der Menschen am gegenseitigen Wohl interessiert sind, in der Menschen füreinander eintreten.

Die Beantwortung dieser Frage ist höchst anspruchsvoll. Sie erfordert die Umwandlung einer mehr denn je vorwiegend individualistisch geprägten in eine soziale Geisteshaltung.

soziale Geisteshaltung

Nach den Vorstellungen der frühen Arbeiterbewegung sollte die politische Freiheit der Staatsbürger zur sozialen Freiheit der Wirtschaftsbürger ausgeweitet werden. Es herrschte die Überzeugung, dass durch soziale Freiheit auch soziale Gerechtigkeit zu realisieren sei. Dieser Gedankengang war die Grundlage zu einer sozialdemokratischen Ur-Idee, der Idee der Wirtschaftsdemokratie. Diese Idee ist mit der sozialen Gerechtigkeit eng verbunden und ist immer noch Basis unseres gesellschaftlichen und politischen Handelns.

Gleichberechtigte gesellschaftliche, wirtschaftliche und politische Teilhabe und die tatsächliche Möglichkeit zu

einer befriedigenden Selbstbestimmung sind noch lange nicht abschließend gestaltet. Sie verlangen mehr denn je eine gerechte Verteilung der gemeinsam erzeugten Güter und die Mitentscheidung aller über die gemeinsamen Angelegenheiten.

Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten fühlen uns daher verpflichtet, uns die Anliegen der abhängig Beschäftigten, der Arbeitslosen, der Rentnerinnen und Rentner zu unseren zu machen und sie politisch zu vertreten. Es darf keine unterprivilegierten Menschen in unserer Gesellschaft mehr geben.

Wir müssen deutlich machen, dass die heute so populäre Forderung nach "Eigenverantwortung" nichts weiter ist als die Übernahme und leichtfertige Verwendung eines Begriffes aus der Wortschatulle des neoliberalen Gedankenguts unserer politischen Gegner. Denn der Umkehrschluss bedeutet, dass unser Klientel bisher eben nicht eigenverantwortlich gehandelt hat, unmündig ist, und bisher eben nicht in Eigenverantwortung seine berufliche sowie seine Altersvorsorge für sich geplant hat.

Die Verwendung des Begriffes " Eigenverantwortung" im Zusammenhang mit vielen Sozialkürzungen, die innerhalb der Hartz- Programme bisher zum Tragen gekommen sind, ist für uns unzulässig. Hier wird eine geschickte Wortwahl zur Umschreibung für egoistischen Individualismus praktiziert und hat zunehmend Un-Solidarität zur Folge.

Solidarität und Gerechtigkeit, wie Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten sie verstehen, beinhalten die Verpflichtung der Starken den Schwachen beizustehen, also ihren Zugang zu Ressourcen mit denen zu teilen, die selbst aus geistigen, körperlichen und gesellschaftlichen Gründen dazu nicht in der Lage sind.

solidarische Gesellschaft

Eine Gesellschaft, in der die Starken gerne mit den Schwachen teilen ist ein Ideal und nicht von heute auf morgen herstellbar. Unser Bestreben muss aber sein, dass heute und in Zukunft mit Hilfe unserer

sozialdemokratischen Grundwerte die Überwindung des egoistischen Individualismus näher rückt. Dann wird möglich sein, dass das, was heute von Menschen nur in ihrem eigenen Interesse getan wird, zur Erhaltung und Fortentwicklung der gesamten Gesellschaft dient.

Überwindung des
egoistischen
Individualismus

Damit sich der schleichende Erosionsprozess in unserer Gesellschaft, die Abgrenzung ganzer Bevölkerungsteile aus der Mitte unserer Gesellschaft in extreme Weltanschauungen nicht unaufhaltsam fortsetzt, werden wir zu unseren traditionellen Aufgaben zurückzukehren und wieder Anwalt der „Kleinen Leute“ sein, um gemeinsam mit diesen für eine gerechte Gesellschaft zu kämpfen.

Das neue Grundsatzprogramm bietet uns heute die Chance, dies deutlich zu machen. Es eröffnet den Weg, uns als Partei zu fühlen und zu den Werten einer nach unserer Ansicht gerechten Gesellschaft zurückzufinden.

b) Meinungsbildung in der Arbeitsgruppe

Die Diskussion in der Arbeitsgruppe führte schnell und einhellig zu der Erkenntnis, dass wir keine unmittelbaren Vorgaben von außen für unsere Meinungsbildung akzeptieren wollten. Wir waren der Ansicht, dass sonst eine möglichst objektive Betrachtung und Herangehensweise an die Fragestellung gefährdet, wenn nicht unmöglich gewesen wäre.

objektive
Herangehensweise

Wir haben uns so in der Folgezeit ein unabhängiges Bild von dem machen können, was wir als Mitglieder der Arbeitsgruppe an Inhalten und Anforderungen an ein Grundsatzprogramm stellen werden.

Zu Beginn unserer Arbeit haben wir uns nochmals vor Augen geführt, warum wir seinerzeit in die SPD eingetreten sind. Diese Überlegungen hat jeder für sich schriftlich festgehalten und kann hier aus

nachvollziehbaren Gründen leider nur in Auszügen dargestellt werden:

„Die Idee der realen Umsetzung der Chancengleichheit, sowohl in der Gesellschaft als auch vor dem Staat, der daraus folgende konsequente Kampf gegen Unterdrückung, die sich vor allem im Bestreben gegen den Nationalsozialismus gezeigt hat, und die sich hierin wieder findende Idee der Solidarität als Basis einer Gesellschaft“ sind Gründe, warum ich mich zur SPD zugewandt fühle.“

„...ich bin stolz darauf, in einer Partei mitarbeiten zu dürfen, die ihren Namen nach dem zweiten Weltkrieg nicht zu ändern brauchte, weil sie – anders als alle anderen bürgerlichen Parteien – gegen Hitlers Ermächtigungsgesetz gestimmt hatte.“

„Für den anderen eintreten, wenn es für ihn nicht gut läuft, und andererseits auch auf Unterstützung hoffen können, wenn man selbst einmal nicht weiter kann. Solidarität bezeichnet mithin nichts anders als die Kombination von Eigen- und Gemeinsinn.“

„...die Werte der SPD schon vertreten, bevor ich irgendein Programm gelesen hatte und es von Beginn an „klar war“ wohin ich gehören würde.“

„Nicht um der SPD willen als Institution, sondern weil die SPD immer noch für wesentliche Werte steht, ohne die unsere Gesellschaft nicht in der Form bestehen könnte, in der sie uns die aktuellen Freiheiten und Sicherheiten gewährt.“

Die Vielzahl von Beweggründen musste nunmehr ge- und verschiedenen Themen zugeordnet werden.

Eine daraus resultierende Analyse zeigte deutlich eine zweifach geteilte Motivation:

a)
die „Politische Motivation“ und

b)
die „Werte-Motivation“

Neben der Politischen Motivation, die sich mit den einzelnen Politikfeldern wie z.B. Sozial-, Arbeits-, Außen- und Friedenspolitik befasst, war die Werte-Motivation, die das Handeln unserer Partei seit je her bestimmt oder bestimmen sollte, die eigentliche Begründung, der SPD beizutreten.

Werte-Motivation

Begriffe wie

„Freiheit, Gerechtigkeit, Solidarität“

oder auch

„Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit“

stellten für uns keine inhaltslosen Worthülsen dar, die aus den Anfängen der Sozialdemokratie bis heute mitgeschleppt werden, sondern diese Begriffe beinhalten nach wie vor die innere Überzeugung aller Gruppenmitglieder.

Die Gleichheit der Menschen, der Schutz der Schwachen, die Verpflichtung der Starken für die Gemeinschaft, Achtung von Freiheit, Solidarität und Menschenwürde wurden so als das Fundament sozialdemokratischer Gesinnung neu erkannt und als zu verteidigende Grundwerte benannt.

„Solidarität und Gerechtigkeit“

oder

„Ohne Solidarität keine Gerechtigkeit?“

Die Beantwortung der Frage der Gerechtigkeit ist wohl seit je her und demnach heute noch deutlich erkennbar die Frage der Sozialdemokratie. Eine Loslösung hiervon ist für Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten nicht möglich.

Denn nur aus dem Begriff der Gerechtigkeit lässt sich die Wertediskussion verstehen: Das was nicht gerecht ist, kann kein Wert sein. Die Achtung des Menschen und dessen ureigensten Rechte stehen an oberster Stelle. Zusammenfassend kann somit festgestellt werden, dass bei allen Themen, die von den Mitgliedern der Arbeitsgruppe benannt wurden, ein roter Faden sichtbar wurde:

Es geht um die Beantwortung der Frage der

Gerechtigkeit

2. Ergebnis der Diskussionen in den Ortsvereinen

2a) Einführung

Die Anforderungen und Erwartungen zum sozialdemokratisch definierten Wert der Gerechtigkeit - erarbeitet in 7 Diskussionsveranstaltungen mit über 150 Genossinnen und Genossen - sind, wie die folgenden Ausführungen deutlich machen werden, überaus ausgeprägt, vielschichtig und im Ergebnis eng verbunden mit hohen Erwartungen an unsere Partei.

Außerordentlich interessant hierbei ist die Tatsache, dass der Wunsch nach einer gerechten Gesellschaft zwar sehr stark ausgeprägt ist, die Erfüllung dieses Wunsches in der Mitgliedschaft aber nicht unbedingt in erster Linie durch konkrete politische Forderungen im Sinne von Regierungsprogrammen, in denen Handlungsfelder klar und eindeutig umrissen werden, sondern eher durch die Schaffung allgemein gültiger gesellschaftlicher Grundlagen erreicht werden soll.

Erst zu einem in den Überlegungen späteren Zeitpunkt wird gefragt, wer der Bote sein soll, der diese Wertvorstellungen in die Köpfe der Menschen pflanzt, und dann kommt für die Genossinnen und Genossen die SPD ins Spiel mit all ihren vielschichtigen Verbindungen und politischen Möglichkeiten.

2b) Zusammenführung von Argumenten und Definitionen

Die Diskussionen in den Ortsvereinen haben eine breit gefächerte Argumentations- und Definitionspalette zu Tage gefördert, die eine reichhaltige Meinungsvielfalt beinhaltet und damit deutlich macht, dass Gerechtigkeit nicht in einer einfachen Definition erklärt werden kann,

keine einfache Definition

sondern dass wir es hier mit der Beschreibung eines subjektiv empfundenen Gefühls zu tun haben, das jeder Mensch anders, aber für sich bindend, empfindet.

Sichtbar wird dies in der Vielzahl der Argumentations- und Definitionsversuche, die während der Diskussionen gemacht wurden. Insgesamt waren es derer 90, die nunmehr in überschaubarer Weise ge- und zugeordnet werden müssen.

Zu diesem Zweck hat die Arbeitsgruppe folgende Kategorien definiert:

- Allgemeine Definitionen / Grundsätzliche Aussagen
- Rolle der SPD in der Gerechtigkeitsdebatte/
Politische Forderungen
- Grundversorgung
- Arbeitspolitik
- Bildungspolitik

Im Einzelnen:

- Allgemeine Definitionen / Grundsätzliche Aussagen

In der Vielzahl der Aussagen gab es nur wenige unmittelbare Übereinstimmungen. Jedoch in fast allen Diskussionsrunden wurde der Begriff „Soziale Gerechtigkeit“ mit dem Begriff „Chancengleichheit“, beginnend mit der Geburt des Menschen, eng verbunden. Aber gleichzeitig war zu spüren, dass die Forderung nach Chancengleichheit nur sehr schwer zu realisieren ist.

Soziale Gerechtigkeit
gleich
Chancengleichheit?

Daraus ist ersichtlich, dass unsere Grundwerte, und die Gerechtigkeit ist ein zentraler Grundwert der Sozialdemokratie, nach wie vor unumstößlich gelten, aber in unserer heutigen, schnelllebigen Zeit ganz neu definiert und die gefundene Definition immer wieder neu hinterfragt

fortdauernde
Definition

werden muss, damit sie als Wert in unserer Gesellschaft Eingang findet und wieder als selbstverständlich angesehen wird.

Gleichzeitig mit der o.g. Skepsis wurde eine weitere kritische Frage gestellt: Es wurde gefragt, ob denn „Soziale Gerechtigkeit“ überhaupt zu verwirklichen sei. Denn Entsolidarisierung und Entpolitisierung unserer Gesellschaft und damit einhergehend der Verlust sozialer Moral ließen bei den Diskussionsteilnehmern diese Skepsis eher anwachsen.

Der Wunsch, „Soziale Gerechtigkeit“ mit Ehrlichkeit, Aufrichtigkeit, Fairness und Richtigkeit zu umschreiben macht den hohen Stellenwert deutlich. Recht auf gesellschaftliche Teilhabe für die Menschen und Planungssicherheit im Sinne von Wort halten in der Politik sind deutliche Fingerzeige an alle, die Entscheidungen zu treffen haben und sich fragen müssen, ob im Entscheidungsprozess die Frage nach der Gerechtigkeit die ihr angemessene Rolle gespielt hat.

Gerechtigkeitsfrage
im
Entscheidungsprozess

- Rolle der SPD in der Gerechtigkeitsdebatte/
Politische Forderungen

Bezeichnend für die in der Mitgliedschaft gefühlte Rolle der SPD in der Gerechtigkeitsdebatte war die Feststellung während einer Diskussionsveranstaltung, dass die SPD nicht mehr die Partei der breiten Bevölkerungsmehrheit und Gerechtigkeit nicht mehr sichtbar sei.

In wie weit diese Feststellungen die Realität treffen, ist hierbei nicht relevant. Allein das Gefühl, das dabei vorherrschend ist, muss der SPD als Volkspartei Sorgen machen. Einzig und allein diese beiden Aussagen dokumentieren, und das wurde in den Diskussionen überaus deutlich, die latente Gefahr des weiter fortschreitenden Mitgliederschwundes. Solange die Genossinnen und Genossen diesen oben näher beschriebenen Eindruck von ihrer Partei haben, solange

wird die SPD die Kehrtwende in der Mitgliederentwicklung nicht schaffen.

Diese beiden Argumente gingen einher mit der Sorge, dass die SPD keine Partei werden darf, die sozialen Unfrieden hinnimmt. Sie muss vielmehr in den nächsten Jahren wieder ein Gespür für Gerechtigkeit entwickeln und in diesem Kontext eine Vorbildfunktion ausüben. Es wurde angemahnt, wieder auf alte Grundsätze zurück zugreifen und sich als Partei der sozial Schwachen zu positionieren.

Gespür für Gerechtigkeit

In die vorstehende Diskussionsschilderung gehört noch, dass ein Zusammenhang zwischen Sozialabbau und Verteidigungsausgaben gesehen wurde. Einige Diskussionsteilnehmer hatten hier kein Verständnis für Auslandseinsätze der Bundeswehr, wenn gleichzeitig für soziale Zwecke immer weniger Geld zur Verfügung steht.

Diese Wertigkeit, die hier vorgebracht wird, darf vielleicht zur Zeit noch als nicht relevant angesehen werden. Es ist jedoch sinnvoll, diese Verbindung im Auge zu behalten. Denn die Anzahl derer, die sich ähnlich äußern, ändert sich möglicher Weise stetig in dem Maße, in dem immer mehr Menschen mit ihrem Einkommen nicht mehr auskommen.

Wie schon in einem der vorherigen Kapitel dargelegt, haben aktuelle, konkrete politische Themenfelder in der Bewertung und Definition von sozialer Gerechtigkeit nicht die Rolle gespielt, die man vielleicht im Vorfeld der Fragestellung vermuten konnte. Die Diskussionen in den Veranstaltungen begannen mit schlagwortartigen Versuchen, Gerechtigkeit zu erklären. Diese führten dann aber immer weiter zu tiefgreifenderen Überlegungen, um das gestellte Problem fassbar zu machen. Wir haben bereits unter den Abschnitten „Allgemeine Definitionen / Grundsätzliche Aussagen“ und „Rolle der SPD in der Gerechtigkeitsdebatte / Politische Forderungen“ diese Überlegungen behandelt.

So ist zu erklären, dass die folgenden drei Themengruppen zwar in jeder Veranstaltung von den

Teilnehmern angesprochen, aber nicht ausgedehnt behandelt worden sind.

- Grundversorgung

Die Frage, was ermöglicht ein soziales und gerechtes Miteinander - was brauchen wir als Menschen? war die Leitfrage, die zum Thema Grundversorgung gestellt wurde. Innerhalb dieser Fragestellung wurde die Sicherung der Existenz, der allgemeine Zugang zu Krankenkassen und die Beendigung der zur Zeit erlebten „schleichenden Enteignung“ bei Rentnern und Arbeitnehmern angemahnt.

keine schleichende
Enteignung

- Arbeitspolitik

Es gab in der Problematik zur Arbeitspolitik einen Vorschlag, der dem „Recht auf Arbeit“ Verfassungsrang zuerkennen sollte. Dieser Vorschlag wurde zwar nur einmal vorgetragen, würde aber von vielen Genossinnen und Genossen mitgetragen. Dies war aus der Diskussionsabfolge in den einzelnen Ortsvereinen deutlich herauszulesen.

Verfassungsrang
von Recht auf Arbeit

Zu erkennen war eine gewisse Verärgerung, die sich in zunehmenden Maße einstellt. Sie äußerte sich in dem Argument, dass der arbeitende Mensch in unserer Gesellschaft nur noch als Kostenfaktor gesehen würde und mit 47 Jahren bereits ein so hoher Kostenfaktor geworden sei, dass er sich für Unternehmen nun nicht mehr rechne. Zu dieser Bewertung hinzu kommt dann noch die Absicht, die betriebliche Mitbestimmung und das Personalrätereicht abzubauen sowie die Leute mit 67 in Rente zu schicken, nachdem die Hartz-Gesetze sie vorher bis aufs Hemd ausgezogen hätten.

Die Richtigkeit oder die Unrichtigkeit der Argumentation ist auch hier nicht entscheidend. Einzig und allein der Eindruck und die zu spürende Angst sind es, die die Menschen diese Situationen als zutiefst ungerecht und belastend empfinden lassen.

Wie man unschwer erkennen kann, sind die Argumente in Bezug auf Arbeit/Rente sehr emotional. Dies erklärt sich im Übrigen auch dadurch, dass die Menschen trotz der bestehenden Sozialsysteme mehr und mehr verunsichert sind, Existenz- und Zukunftsangst haben. Es kann sich keiner mehr sicher sein, nicht in diese als großes Unglück empfundene Situation zu geraten. Die Menschen spüren, ihre Zukunft nicht mehr selbst in der Hand zu haben und in noch nie da gewesenem Maße abhängig zu sein.

Aus dieser Situation heraus entwickelte sich die Forderung nach mehr Demokratie hinter den Fabrikanten. Eine Forderung, die jetzt spürbare Ohnmacht in Handlungsfähigkeit umzuwandeln, um für sich selber Existenzsicherheit zu erlangen.

Mehr Demokratie
hinter den
Fabrikanten

- Bildungspolitik

Obwohl das Thema Bildung zur Zeit breit diskutiert wird, ist auch hier eine Art „Sparsamkeit“ mit der Thematik zu bemerken.

Der kostenfreie Zugang zu Bildungseinrichtungen und die allgemeine Feststellung der Ungerechtigkeit des zur Zeit bestehenden Bildungssystems blieben die wenigen konkreten Umschreibungen, das Bildungssystem mit Gerechtigkeit in Einklang zu bringen.

3. Gedankengänge der Diskussion mit weiteren gesellschaftlichen Organisationen und Gruppierungen

An der Diskussion teilgenommen haben Vertreter der evangelischen und katholischen Kirche, der Gewerkschaften, des Integrationsrates der Stadt Düren und ca. 50 weiteren Gästen im Publikum.

„Der Ausgangspunkt allen Handelns im Sinne von sozialer Gerechtigkeit und Freiheit ist der Respekt vor der Würde eines jeden Menschen, unabhängig von seiner Leistung und Nützlichkeit.“

Soweit der erste Absatz aus der vorgestellten Präambel, aber woraus speist sich die Würde des Menschen?

Aus christlicher Sicht kann man sagen, es sind drei Bausteine, mit der man in der heutigen Zeit ein würdiges Leben definieren kann:

a)

Die Gleichberechtigung und Gleichbehandlung von Mann und Frau in alltäglichen Lebenssituationen

b)

Hilfe bei Bedürftigkeit

c)

Anerkennung von Leistung

Bei genauerem Hinsehen ist durchaus festzustellen, dass alle drei Voraussetzung mehr oder minder im Argen liegen.

Im Einzelnen:

zu a)

Ist die Gleichberechtigung von Mann und Frau im alltäglichen Leben hergestellt? Allein die Notwendigkeit, diese Frage in der heutigen Zeit ernsthaft zu stellen, trägt die Antwort in sich. Diese Antwort muss ganz klar und eindeutig mit einem „Nein“ beantwortet werden. Endlose geführte Debatten um gleiche Behandlung, gleiche Aufstiegsmöglichkeiten im Berufsleben als auch gleiche Entlohnung sind drei von vielen Hinweisen, warum wir auch heute noch, Anfang des 21. Jahrhunderts, die Frage einer erfolgreich eingeführten und praktizierten Gleichberechtigung von Mann und Frau verneinen müssen.

**Gleichberechtigung
von Mann und Frau**

zu b)

Das zweite Kriterium, die Würde des Menschen zu beschreiben, ist die positive Beantwortung der Frage, ob unsere Gesellschaft in der Lage und willens ist, Hilfe bei Bedürftigkeit als einziger Voraussetzung zu leisten. Diese Frage ist, wenn auch nicht ganz so eindeutig, aber letztendlich dennoch mit „Nein“ zu beantworten. Unsere

**Würde des
Menschen**

Gesellschaft hat zwar Kriterien entwickelt und Mechanismen geschaffen (Hilfe im Fall eines Arbeitsplatzverlustes, Sozialhilfe, Hilfe durch ehrenamtliche Gruppen u.a.), die aber größtenteils nicht nur die Bedürftigkeit, sondern darüber hinaus auch Regeln und Verhaltensvorschriften als Voraussetzung zur Hilfestellung vorsieht. Dies wäre ggfls. vielleicht noch zu akzeptieren, jedoch neigt unsere Gesellschaft dazu, den Anspruch auf die Gewährung von Hilfe zunächst erst daraufhin zu prüfen, in wie weit der Bedürftige offensichtlich selbst an der Bedürftigkeit „eigene Schuld“ trägt.

keine
Schuldprüfung
bei Bedürftigkeit

zu c)

Leistung muss anerkannt und belohnt werden. Diesen Satz werden viele Menschen in unserer Gesellschaft unterschreiben und dafür einstehen. Nur - die Menschen meinen Leistung nicht als Leistung an sich, sondern sie meinen Leistung, die durch Erfolg gekrönt wird. Das heißt, nicht die Leistung wird belohnt und anerkannt, sondern der Erfolg eines Menschen.

Und was ist mit den Menschen, die zwar Leistung erbringen, oftmals bis zur körperlichen und seelischen Erschöpfung, aber dennoch keinen Erfolg haben?

Diese Menschen stehen am Rand unserer Gesellschaft.
Wie gehen wir mit diesen Menschen um?

Wie gehen wir mit Menschen um, die keine Arbeit finden, obwohl sie ungezählte Bewerbungen schreiben und genauso viele Absagen bekommen?

Wie gehen wir mit Menschen um, die verschuldet oder auch unverschuldet in Lebenssituationen geraten, denen sie nicht mehr alleine enttrinnen können?

Alle diese Menschen erbringen eine Leistung, wie z.B.: Bewerbung um einen Arbeitsplatz o.ä., aber alle diese Menschen haben keinen Erfolg. Damit sie aber in Würde ihr Leben leben können und von unserer Gesellschaft als vollwertige Mitglieder akzeptiert werden, muss unsere Gesellschaft Leistung als solche anerkennen und nicht den Erfolg.

Anerkennung
von Leistung als
solche

Wer das zu a) bis c) gesagte akzeptiert, der akzeptiert, dass alle Menschen die gleiche Würde besitzen. Es gibt keine Rangfolge. Das heißt, individualistisches Handeln, sofern es dazu führt, bestimmte Menschen in den Vordergrund und andere ins Abseits zu stellen, darf nicht hingenommen werden. Lediglich individualistisches Handeln, das als Baustein einer solidarischen Gemeinschaft dient, ist zu bejahen. Denn nur die Gemeinschaft kann den Menschen zum Menschen werden lassen. Und dann erst kann die Gemeinschaft ihrer Aufgabe gerecht werden, in dem sie stützt und auffängt, wenn es notwendig ist.

Notwendig ist dies aus Sicht der Migrantinnen und Migranten, die immer noch und in letzter Zeit sogar immer häufiger und öffentlicher als Sündenböcke dargestellt werden.

Allein die Tatsache, dass Bildung und Ausbildung dieser Menschen immer noch nicht so gestaltet werden, dass ein chancengleiches Leben möglich ist, ist für unsere Gesellschaft beschämend und nicht zu akzeptieren. Wenn es uns ernst ist mit einer sozialen Gerechtigkeit, die auf Chancengleichheit und auf die Ermöglichung eines würdevollen Lebens beruht, ist hier für jeden einzelnen von uns ein dringender Handlungsbedarf gegeben.

**Chancengleichheit
für Migrantinnen
und Migranten**

In diesem Zusammenhang ist deutlich darauf hinzuweisen, dass die Gesellschaft kein imaginäres, lebloses Wesen ist, das man bei Bedarf hervorholt und nach Gebrauch wieder wegstellt. Gesellschaft ist lebendig, Gesellschaft ist jeder Einzelne von uns und Gesellschaft ist unteilbar. Keiner kann sich aus der Verantwortung für diese Gesellschaft herausstehlen oder sich nur einer Gesellschaftsgruppe zugehörig fühlen.

**Gesellschaft ist
unteilbar**

Die Frage des „aus der Verantwortung stehen“ führt zu einer Fülle weiterer Fragen:

Wie kommen Staat und Gesellschaft ihren Aufgaben nach?

**Aufgabenerfüllung von
Staat und Gesellschaft**

Der Staat hat seiner Gesellschaft gegenüber eine Fürsorgepflicht, aber wie ist es um diese Verpflichtung bestellt, wenn er diese privatisiert und dem Markt mit seinen Gesetzen zur Verfügung stellt?

Wie ist es um unseren Staat und unsere Gesellschaft bestellt, wenn sie nur noch aufgrund von Sachzwanglogik reagieren, aber nicht mehr agieren können.

Wie ist es um unseren Staat und unsere Gesellschaft bestellt, die es zulassen, dass Menschen nur noch Objekte wirtschaftlichen Handelns sind.

Wie ist es um unseren Staat und unsere Gesellschaft bestellt, die es zulassen, dass einzelne Gruppen ihre wirtschaftliche Macht missbrauchen, um Teile der Gesellschaft zu korrumpieren und damit die ganze Gesellschaft zu manipulieren?

Wie ist es um unseren Staat und unsere Gesellschaft bestellt, in dem die Wirtschaft die Richtung vorgibt und staatliche Institutionen und Parteien nicht mehr folgen können.

Wie ist es um uns bestellt, die wir das alles zulassen?

Diese Fragen werden nicht nur aus gewerkschaftlicher Sicht gestellt, sondern diese Fragen sind relevant für alle gesellschaftlichen Gruppen und sie verlangen nach Antworten. Jedoch nur die Gesellschaft selbst kann diese Fragen beantworten.

4. Nachbetrachtungen

„Man kennt den Ausruf eines andern, der sich einen Nagel in den Fuß trat:

Welch Glück, dass ich in diesem Augenblick keine Schuhe trug!

Wenn von 26 Millionen auch nur Einem das Elend ein solches Wort abnötigt, dann ist es Zeit, dass die Unterdrückung endige.“

Ein Zitat aus der Zeit der französischen Revolution, ein Zitat, das eine Zeit beschreibt, in der Ungerechtigkeit dazu führte, dass die Menschen aufstanden und sich zur Wehr setzten. Ein Zitat, das für unsere Zeit nie wieder Geltung haben darf.

Doch wir leben in einer Zeit, die auf dem Weg ist, soziale Gerechtigkeit Stück für Stück zu verlieren und das, was in über 140 Jahren, seit der Zeit der industriellen Revolution von mutigen Frauen und Männern, viele davon Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten, teilweise unter Verlust von Gesundheit und Leben, erstritten und erkämpft wurde, zu verlieren.

Soziale Gerechtigkeit, dies hat unsere Arbeit in den letzten 15 Monaten gezeigt, ist der Schlüssel zu einer Gesellschaft, wie sie von den Menschen innerhalb und außerhalb der SPD gewünscht wird.

Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten sind Teil dieser Gesellschaft und somit werden diese Fragen auch an uns gerichtet und wir müssen darauf eine Antwort geben. Wir müssen sagen, wie wir in Zukunft unseren Staat und unsere Gesellschaft gestalten wollen.

Und wir werden daran gemessen, welche Antworten wir den Menschen geben, um sie wieder an Gerechtigkeit glauben lassen. Wir müssen Antworten geben, die den Menschen Möglichkeiten neu eröffnen, sich gegen Ungerechtigkeit zu wehren. Wir müssen den Menschen den Glauben daran zurückgeben, etwas positiv verändern zu können. Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten haben die Pflicht, eine verloren gegangene solidarische Geisteshaltung in unsere Gesellschaft zu etablieren und infolge dieser Geisteshaltung Strukturen zu schaffen, in denen neue Werte, die durchaus auch alte Werte sein können, gelebt werden.

Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten trauen uns zu, diese Gesellschaft zu bauen. Wir wollen dafür sorgen, dass eine gerechte Form des Zusammenlebens zwischen allen Facetten menschlicher Existenz möglich wird.

Wir müssen es nur wollen und wir müssen beginnen.

Aldenhoven, 02. Juni 2007

.....
Richard Halver, OV Kreuzau
Leiter der Arbeitsgruppe zum Grundsatzprogramm

.....
Bert Günther-Eiff, OV Nideggen
stellv. Leiter der Arbeitsgruppe zum Grundsatzprogramm

.....
Marcus Seiler, OV Düren Nord-West

.....
Heiner Geiss, OV Jülich

.....
Felix Röhlich, OV Düren Mitte-West

.....
Wolfgang Langwald, OV Hürtgenwald

.....
Birgit Strack, UB-Büro Düren

.....
Dietmar Nietan, Vorsitzender des UB-Düren für über 2.500
Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten im Kreis Düren